

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruck: Nachrichten Dresden
Berufsverleger-Gesellschaft, 10941
Post für Nachrichten: Nr. 30011
Schriftleitung u. Geschäftsverwalter
Dresden - L., Gartenstraße 28/29

Bezugsgebühr bei täglich stornierter Zustellung monatlich 2,40 RM. (einschließlich 20 Pfg. für
Zulage), durch die Post 3,40 RM. einschließlich 20 Pfg. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr).
Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Goldmark berechnet: die einseitige 20 mm breite Seite 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg. Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Reklamseite
200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 20 Pfg. Unentgeltliche Beiträge gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Neppach & Reichardt,
Dresden, Postfach-Rt. 1088 Dresden
Nachdruck nur mit besond. Genehmigung
(Dresdn. Nachr.) zulässig. Unentgeltliche
Schriftsätze werden nicht aufbewahrt

Das Reichskabinett beschliesst:

Überprüfung zahlreicher Warenpreise Aufträge an den Reichswirtschaftsrat

Berlin, 22. August. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung unter Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Brüning zu dem Gutachten des vorläufigen Reichswirtschaftsrats über die Frage der Verhütung unwirtschaftlicher Preisbindungen abschließend Stellung genommen und beschlossen, folgendes Schreiben durch den Reichswirtschaftsminister an den vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu richten:

Die Reichsregierung hat mich beauftragt, dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ihren Dank für die Erstattung des Gutachtens vom 18. August 1930 auszusprechen. Die Reichsregierung entnimmt daraus mit Genugtuung, daß auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat von der Notwendigkeit baldiger Preisentlastungen durchdrungen und gewillt ist, die Reichsregierung in ihren Bestrebungen mit Nachdruck zu unterstützen. Dem Wunsch des vorläufigen Reichswirtschaftsrats entsprechend, ihm einzelne Fälle mitzuteilen, in denen der Reichsregierung eine Prüfung der Preisbindungen angezeigt erscheint, bittet die Reichsregierung, zunächst einige wichtige Rohstoffe und Halbfertigwaren zu unterziehen, deren Bedeutung der vorläufige Reichswirtschaftsrat selbst hervorhebt. Sie bittet, diese und alle weiteren Untersuchungen in der Weise durchzuführen, daß dabei zugleich der Vorschrift im § 3 der Notverordnung Genüge geschieht, wonach vor Maßnahmen der Reichsregierung die beteiligten Wirtschaftskreise gehört werden sollen.

Im einzelnen werden folgende Untersuchungen erbeten: Unter Hinweis auf die Auffassung des Ausschusses für Steuerungs- und Wohnungswesen, daß einer der Gründe für die Erhöhung der Baukosten in der Preis- und Wirtschaftspolitik der Kartelle und Trusts der Baustoffindustrie zu suchen sei, bittet die Reichsregierung, die

Preisstellungen innerhalb der Baustoffwirtschaft, insbesondere für Zement, Ziegelsteine, Klinker, Tapeten und Flachglas zu behandeln,

damit die hier beobachteten Unzulänglichkeiten ungehäumt behoben werden können. Ferner sollen die Preisverhältnisse in der Düngemittelwirtschaft zum Gegenstand eines Gutachtens gemacht werden. Bezüglich der Verhältnisse in der Kaliwirtschaft wird auf den Bericht des Enqueteausschusses vom Juni 1929 verwiesen. Weiter wird um Nachprüfung der

Preisverhältnisse innerhalb der deutschen Kohlenwirtschaft gebeten, wobei dem Ostelbischen Braunkohlensyndikat besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden sei, über dessen Preis-

politik vielfache Beschwerden vorliegen. Schließlich bittet die Reichsregierung, zu den Preisstellungen im Gesamtbereich der Eisenwirtschaft gutachtlich Stellung zu nehmen. Innerhalb der genannten Wirtschaftskreise, so heißt es in dem Schreiben weiter, bestehen Nebenpreisbindungen auch insoweit, daß sie dem Handel auferlegt werden und ein wesentlicher Teil der Beschwerden betrifft gerade dieses Gebiet. Es wird deshalb gebeten, auch die Preisbindung von Angehörigen der nächsten Wirtschaftsstufe auf ihre volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten hin zu untersuchen. Ferner sollen bei Treibstoffen, Gummirollen und Fächern die üblichen Bindungen späterer Eisen nachgeprüft werden.

Was die Markenartikel anlangt, so bittet die Reichsregierung, über die in dem Gutachten nicht einheitlich beantwortete Frage der Preisbindungen bei Lebens- und Genussmitteln in zunächst die beteiligten Wirtschaftskreise anzuhören und damit Untersuchungen über andere Markenartikel des täglichen Bedarfs zu verbinden, deren Auswahl späterer Verabredung vorbehalten bleiben kann. Bei allen Untersuchungen von Einzelfällen auf dem Gebiete der Bindung weiterer Wirtschaftsstufen scheint es der Reichsregierung geboten, die Frage nochmals zu erörtern, ob nicht doch

allgemeine Vorschriften hinsichtlich solcher Preisbindungen zweckmäßig und möglich sind. Eine generelle Behandlung hält die Regierung besonders hinsichtlich gewisser Preisbindungen gleichen Inhalts für geboten. Die Frage einer allgemeinen Regelung möchte die Reichsregierung auch der Preisbindungen von Markenartikeln beobachtet wissen. Das Reichswirtschaftsministerium und für seinen Geschäftsbereich das Reichsernährungsministerium werden dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat kurze Sachdarstellungen zugehen lassen, die für die weiteren Arbeiten als Unterlagen dienen können. Auf Empfehlung eines Teiles des Reichswirtschaftsrats, in die

Nachprüfung der Zulassung der Arzneitage einzutreten, ist das Reichsinnenministerium beauftragt worden, die Höhe des in der Arzneitage festgesetzten Spezialitätenzuschlages im Benehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium erneut zu prüfen und gegebenenfalls auf die zuständigen Landesregierungen entsprechend einzuwirken.

Die Reichsregierung legt besonderen Wert darauf, daß der vorläufige Reichswirtschaftsrat die Arbeiten, die er in diesem Schreiben erucht wird, mit größtmöglicher Beschleunigung durchführt. Die beteiligten Ressorts sind beauftragt worden, sich für jede mögliche Unterstützung und Förderung dieser Arbeiten zur Verfügung zu stellen.

Die Gretchenfrage

Gretchen fragte Faust: „Wie hältst du's mit der Gretchenfrage, die das große Meer der nationalen, nichtmarxistischen Wählerkraft den Parteien vorlegen muß. „Wie haltet ihr es mit der Sozialdemokratie.“ Die Frage wird eine verschiedene Beantwortung finden, je weiter man von rechts nach links kommt. Aber bis in das Zentrum hinein läßt sie sich auf die Formel bringen, „die großen innerpolitischen Reformen, die für die Gesundung unseres Staates unerlässlich sind, können zur Zeit nicht mit der Sozialdemokratie gelöst werden.“ Am vornehmsten pflegt sich natürlich das Zentrum auszudrücken. Einmal wegen der Liaison, die man in Preußen mit der Sozialdemokratie nun schon seit 12 Jahren zum Schaden einer einheitlichen deutschen Staatsführung im allgemeinen und zum Nutzen des immer dreister werdenden Kulturbolschewismus unterhält. Zum anderen aber auch deshalb, weil Dr. Brüning, der schonseitige Verfassungsbredner und Autor des vielzitierten Aphorismus „Der Feind steht rechts“, natürlich auch unter den jetzigen Umständen sich eine stille Liebe für den Bundesgenossen von gestern und, wer weiß, wenn nicht von morgen, so doch vielleicht von übermorgen bewahrt hat. Die Gegenliebe ist freilich gering und die sozialistischen Literaten waren so freundlich, seine heimliche Neigung zu ihnen mit recht bitterem Spott zu entgelten, als sie von ihm schrieben: „Er habe seinen Kampf gegen rechts so mutig geführt, daß er gleich bei seinen Feinden geblieben sei.“ Doch möge dem sein, wie ihm wolle. Die Seelenkräfte des Herrn Dr. Brüning sind seine ureigenste Angelegenheit. Seine Partei jedenfalls hält es zur Zeit für wenig günstig, einer Bundesgenossenschaft mit der Sozialdemokratie das Wort zu reden. Heute könnte man in allen politischen Wahlfakaren von der Sozialdemokratie einen bekannten Schläger in abgeänderter Form singen: „Sie ist vom Kopf bis zum Fuße auf Hebe eingestellt und das ist ihre Welt, sonst nichts,“ und er würde Beifall finden in allen nationalen Kreisen, verschämt sogar im Zentrum. Eine bürgerliche Gruppe — und es ist die einzige in diesem Wahlkampf — würde sich allerdings ausschließen. Nämlich diejenigen, denen ihr alter demokratischer Rock zu abgetragen erscheint und die sich jetzt das prunkende Staatskleid der Staatspartei angelegt haben. Regt man ihnen die Gretchenfrage vor: „Wie haltet ihr es mit der Sozialdemokratie“, so wird ihr derzeitiger parlamentarischer Führer, der preussische Finanzminister Höpfer-Khoff, mit größter Wärme erklären, daß die Staatspartei selbstverständlich in der Sozialdemokratie eine „staats-erhaltende“ Partei sehe, gewissermaßen eine zweite Staatspartei, mit der zusammen man wohl Staat machen könne. Und die Sozialdemokratie freut sich über dieses Beunruhigende. Denn einmal wäre es vielleicht doch möglich, mit Hilfe der Rettung der Demokratischen Partei durch die Staatspartei womöglich unter Schädigung der Volkspartei im Reich wieder zu einer Weimarer Koalition zu kommen, oder was wahrscheinlicher ist, falls diese vage Hoffnung trägt, wenigstens die preussische Machtposition zu erhalten. Denn die Herrschaft der Sozialdemokratie steht in Preußen auf schwachen Füßen. Einige Mandate weniger, und die Weimarer Koalition wäre nicht mehr regierungsfähig. Und schließlich müssen auch in Preußen einmal Neuwahlen kommen. Ob dann die launische Wahlgöttin die notwendige Anzahl Mandate zur Sicherung der sozialistischen Herrschaft beschert, niemand kann es wissen, zumal wenn die Demokratie ihren Krebsgang weiterginge und das katholische Bürgertum der schwankenden Haltung des Zentrums überdrüssig würde und sich einer der christlich-konserverativen Rechtsparteien anschloße. So kommt der Sozialdemokratie in Preußen sehr viel auf die Neubelebung der altersschwachen Demokratie an und das Zeugnis der Staatspartei, die Sozialdemokratie sei staats-erhaltend, ist ihr unendlich wertvoll. Gott sei Dank! Höpfer-Khoff ist nicht vergebens unter Brauns energischer Führung preussischer Staatsminister. Es weiß, was man dem mächtigen großen roten Bruder schuldet. Für die Sozialdemokratie ist ja Preußen unentbehrlich. Es sichert für zwei Drittel des Reichsgebietes die unumkehrte Macht und die Staatspräsenz. Mit Preußen in der Hand kann sich die Sozialdemokratie ruhig im Reich das Gesundbad der Opposition leisten. Sie trägt dann zwar nicht die Verantwortung, besitzt aber die volle Macht. Luthers hat während seiner Reichstanzlerzeit diese Machtposition des preussischen Ministerpräsidenten sehr zutreffend ausgedrückt, als er sagte: „Wenn Brauns die Reichsregierung durch einen Schuppenbeamten verhaften lassen wolle, so hätte sie gar kein Mittel in der Hand, sich dagegen zu wehren.“ Ob die Sozialdemokratie im Besitze ihrer Machtposition im Reich bleibt, die sie mit Hilfe der Preußenregierung noch als Oppositionspartei ausübt, hängt also ganz wesentlich davon ab, wie stark das Echo sein wird, das diejenige bürgerliche Partei findet, die die Sozialdemo-

Das tragische Schicksal des Nordpolfahrers André Seine Leiche nach 33 Jahren im Eise gefunden

Oslo, 22. Aug. Von einer norwegischen wissenschaftlichen Expedition ist auf der Insel im Franz-Josephsland die Leiche des schwedischen Ingenieurs André gefunden worden, der im Jahre 1897 mit zwei Begleitern auf Spitzbergen in einem Luftballon ausstieg, um den Nordpol zu erreichen und seither verschollen war. Wie verlautet, ist die Leiche André gut erhalten.

Das Lager, in dem die Leiche des seit 1897 vermissten Nordpolfahrers André gefunden wurde, ist am 8. August von der von dem norwegischen Geologen Dr. Horn geleiteten arktischen Expedition an der Südküste von Grönland entdeckt worden. Das Lager befand sich etwa 150 Meter von der Küste entfernt. Man fand ein Boot und einen Schlitten, und in dem Boot die Überreste eines männlichen Skeletts. Auch ein Logbuch und einige Ausrüstungsgegenstände, die die Aufschrift „André-Polar-Expedition 1896“ trugen, wurden aufgefunden.

Wenige Meter von dem Boot entfernt lag die Leiche André's, völlig im Eise eingefroren, aber nur von einer dünnen Eisschicht bedeckt.

Sie war völlig bekleidet und gut erhalten. In den Taschen fand man André's Tagebuch, und neben anderen Gegenständen auch einen Barometer. Nicht weit von André lag die gleichfalls gut erhaltene Leiche eines zweiten Mitgliedes der André'schen Expedition, die jedoch noch nicht mit Sicherheit identifiziert werden konnte. Das Lager war augenscheinlich von Eisbären heimgesucht worden, befand sich aber im großen und ganzen in gutem Zustand.

Das Lager war augenscheinlich von Eisbären heimgesucht worden, befand sich aber im großen und ganzen in gutem Zustand. Die Leichen und die gefundenen Ausrüstungsgegenstände werden an Bord eines norwegischen Robbenfängerbootes gebracht, der Anfang September in Norwegen eintrifft.

Die Nordpolar-Expedition André's hat seinerzeit in der ganzen Welt außerordentliches Aufsehen erregt. Schon die Verwendung eines Luftballons war Grund genug, um dem Unternehmen ein ungeheures Interesse zu sichern.

Die Notwendigkeit längerer Vorbereitungen verzögerten das für 1896 geplante Unternehmen bis in den Sommer 1897 hinein, André hatte dann die Absicht, mit seinen beiden Gefährten Franckel und Strindberg am 1. Juli von Spitzbergen aus aufzusteigen. Ungünstige Witterungsverhältnisse verzögerten den Start bis zum Sonntag den 11. Juli nachmittags 2 1/2 Uhr. Um 11 Uhr vormittags begann man mit den letzten Vorbereitungen, die etwas übereilt durchgeführt wurden. In den alten Depeschen wird erzählt, daß der Abschied ergreifend war, aber auch, daß

gleich zu Beginn die Gefahr einsetzte.

Der Ballon stieg auf 200 Meter, wurde jedoch bis auf die Höhe des Meeresspiegels wieder niedergedrückt, so daß schließlich Sandfächer ausgeworfen werden mußten, damit der Ballon sich wieder erhob. Mit diesem geringen Ballast machte er anfangs mindestens 85 Kilometer in der Stunde, und zwar in Richtung Nordnordost. Bald schon setzte die Sorge um das Schicksal der Expedition ein. Das einzige Lebenszeichen, das von ihr eintraf, war ein versegeltes Briefstaubentelegramm an die Stockholmer Zeitung „Aftonbladet“, mit der André ein Nachrichtenabkommen getroffen hatte. Diese Depesche wurde am 20. September bekannt und lautete:

„18. Juli 12,30 Uhr nachmittags, 82,2 nördlicher Breite, 15,5 Grad östlicher Länge. Gute Fahrt gegen Ost, 10 Grad Süd. Alles wohl an Bord. Dieses ist die dritte Briefstaubentelegramm. — ges. André.“

Ende September wollte dann der Kapitän eines Fregatenschiffes im Eisfjord am Karls-Vorland einen großen roten Gegenstand treibend gesehen haben, den man für die Ballonhülle hielt. Angeblich waren auch Hülfsreste gehört worden. Darauf rüstete Norwegen eine Rettungs-Expedition mit dem Dampfer „Victoria“ aus, sie kehrte aber bereits am 21. November nach Tromsø zurück, ohne daß sie irgend etwas gefunden hatte. In der Folgezeit sind noch häufig Nachrichten über das Schicksal André's aufgetaucht, aber sie haben sich immer als unrichtig herausgestellt. Das Geheimnis, das 33 Jahre über dem Schicksal der Expedition lag, ist jetzt zum Teil gelüftet worden.